

Bezugspreis: Vierteljahr 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 11. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Der Staatsgerichtshof.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes wird demnach der Nationalversammlung zugehen.

§ 1. Die Nationalversammlung bildet aus ihrer Mitte einen Ausschuss von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in der politischen und militärpolitischen Leitung des Reichs...

§ 2. Sämtliche der Ausschuss eine Person, die vermög ihrer Stellung im öffentlichen Leben in der Lage war, Einfluss auf die Politik des Reichs zu nehmen...

§ 3. Der Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet. Er besteht aus 15 Mitgliedern mit Einfluß des Vorsitzenden. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts...

§ 4. Der Staatsgerichtshof kann alle ihm sachdienlich erscheinenden Beweise erheben. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben dem Ertrage des Staatsgerichtshofes um Rechtsmittel zu entsprechen...

§ 5. Der Staatsgerichtshof regelt, soweit dieses Gesetz keine Bestimmungen trifft, das Verfahren und den Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung.

§ 6. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes kann anordnen, daß vor der Hauptverhandlung Beweise erhoben werden. Die Beweisaufnahme kann er einem Mitglied des Staatsgerichtshofes oder einem anderen deutschen obersten Richter übertragen.

§ 7. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes erteilt auf Grund einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung, zu der Verhandlung ist der Beschuldigte zu laden; bleibt er aus, so kann ohne ihn verhandelt oder seine Vertretung bestellt werden.

§ 8. Die Reichsregierung ist befugt, zu allen Verhandlungen und Beweisaufnahmen einen Vertreter zu entsenden. Der Vertreter ist auf Verlangen jedweder Seite zu hören.

§ 9. Der Spruch des Staatsgerichtshofes erteilt auf Grund einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung. Zu der Verhandlung ist der Beschuldigte zu laden; bleibt er aus, so kann ohne ihn verhandelt oder seine Vertretung bestellt werden.

§ 10. In dem Spruch des Staatsgerichtshofes ist festzustellen, ob die Verantwortung gegenseitig von beiden Parteien trifft, ob ein solcher Verstoß erwiesen oder ob die Rücksicht erwiesen ist. Steht der Staatsgerichtshof ein Verbrechen fest, so kann er den Schuldigen für dauernd unfähig erklären, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentlichen Ämtern zu wirken.

§ 11. Der Staatsgerichtshof hat seinen Spruch schriftlich niederzulegen und mit Gründen zu versehen. Die Reichsregierung hat den Spruch zu veröffentlichen. Gegen den Spruch findet kein Rechtsmittel statt.

In der Begründung des Entwurfs heißt es:

Die Frage der Schuld an dem Unglück, das über Deutschland hereingebrochen ist, bewegt das deutsche Volk aufs tiefste. Das Volk fordert Aufklärung, durch dessen Schuld der Krieg verursacht wurde, warum er nicht früher beendet worden ist und ob sich seine verderblichen Folgen nicht ganz oder teilweise hätten abwenden lassen.

Die Reichsregierung hat sich gleichwohl noch nicht für verpflichtet, was an ihr liegt, zu tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Sie hat sich entschlossen, der Nationalversammlung als der Trägerin der Volkssouveränität die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorzutragen, um die Ereignisse zu prüfen, die zu dem Zusammenbruch Deutschlands geführt haben.

Als einzige Straffolge des Schuldpruchs ist die dauernde Unfähigkeit des Schuldigen vorgesehen, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentlichen Ämtern zu wirken.

Rücktritt des Reichsfinanzministers.

Reichsfinanzminister Schiffer hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Eine Entscheidung über das Gesuch ist noch nicht gefallen, doch verlautet, daß Schiffer auf seinem Rücktritt besteht.

Abfall von der Münchener Räterepublik.

Ingoßstadt, Fürth, Regensburg, Augsburg, Nürnberg, 11. April. (Eigenbericht.) In Ingoßstadt ist alles ruhig. Die Garnison hat sich für die Regierung Hoffmann erklärt.

Regierungstreue Garnisonen in Bayern.

Stuttgart, 11. April. Vom Garnisonrat in Neu-Ulm wird telegraphisch mitgeteilt: Die Garnisonen Neu-Ulm, Dillingen und Neuburg sowie auch Nord- und Weichswaben stehen hinter der Regierung Hoffmann.

Arbeitswiederaufnahme im Ruhrrevier beschlossen.

Bonn, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Mit Rücksicht auf die gemachten wirtschaftlichen Zugeständnisse haben eine Anzahl Belegschafts-Versammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Wilson's Einfluss auf den Gang der Verhandlungen.

Amsterdam, 10. April. Nach einer Meldung der Central News aus London berichtet der Pariser Berichterstatter der New Yorker „World“: Das Ultimatum Wilsons, daß er sich von der Friedenskonferenz zurückziehen würde, wenn die Hindernisse gegen den Fortgang der Verhandlungen nicht aus dem Wege geräumt würden, hat zur Folge gehabt, daß die Besprechungen beschleunigt und beträchtliche Fortschritte erzielt wurden.

Der erste Mai als Feiertag.

Die Reichsregierung hat beschlossen, der Nationalversammlung eine Vorlage zugehen zu lassen, durch die der erste Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Nationalversammlung der raschen Verabschiedung dieses Gesetzes irgendwelche Hindernisse in den Weg legen wird.

Die Erklärung des ersten Mai zum gesetzlichen Feiertag zeigt den ungeheuren Wandel der Dinge, der durch die deutsche Revolution eingetreten ist.

Am 1. Mai 1890 schloß der „Vorwärts“ seinen Ersten-Mai-Artikel mit folgenden Worten: Der erste Mai d. J. wird einen Markstein bilden in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Seit 1894 wurde dann der erste Mai zu einem Festtag der proletarischen Weltfriedensidee ausgeweitet, und als dann später in Deutschland die Kämpfe der Arbeiterschaft um das gleiche Wahlrecht in den Einzelstaaten einsetzten, begann auch dieser Klang in der Maifeier mitzuschwingen.

Das gleiche Recht aller Volksgenossen ist durch die Novemberrevolution zur Anerkennung gelangt, und alle Versuche, es wieder anzutasten, von welcher Seite immer sie unternommen werden mögen, werden auf die Dauer aussichtslos bleiben.

Für diesen wahren Weltfrieden wollen wir am ersten Mai 1919 demonstrieren, daß es über die ganze Erde hallt. Dieser Frieden ist die einzige Rettung nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller Völker, die nur in dauernd gesicherter Ruhe von der grauenvollen Fieberkrankheit des Weltkrieges genesen können.

Von Frankreich ist vor dreißig Jahren der Gedanke der Maifeier ausgegangen, und oft haben wir seitdem auf internationalen Konferenzen die Klage gehört, daß es die deutsche Arbeiterschaft in ihrer vorsichtig bedächtigen Art nicht verstanden habe, ihm die nötige Schwungkraft zu verleihen.

nur die Hoffnung übrig, daß die Arbeiter der andern Länder es verstehen werden, friedlich ihren Willen durchzusetzen, friedlich — denn nichts liegt uns ferner als der Gedanke, das Unglück eines blutigen Bürgerkriegs in andere Länder hineintragen zu lassen.

Wir demonstrieren am ersten Mai nicht nur für den äußeren, sondern auch für den inneren Frieden. Die Erde hat genug des Blutes getrunken, und es ist Zeit, an das Werk des Aufbaus zu gehen. Die Maifeier von 1919 würde in Deutschland die edelste Weihe finden, wenn die Arbeiter an diesem Tage auch die gegeneinander erhobenen Waffen jenseits wollten. Wir wollen am ersten Mai demonstrieren für den Weltfrieden und für den Sozialismus, und nicht gegen eine bestimmte sozialistische Richtung. Der erste Mai soll das ganze deutsche Proletariat in einer gemeinsamen, friedlichen Willensfindung vereinen. Gestattet es die Stärke der vorhandenen Gegenseite nicht, daß sich alle Richtungen zu einer gemeinsamen Feier vereinigen, so möge sich jede für sich sammeln, jedoch in der festen Absicht, die andere ruhig ihren eigenen Weg gehen zu lassen. Kein Mißton soll diesen Tag stören, keine Gewalt soll ihn stören!

Auf dem Rätekongreß überhäuft man sich mit gegenseitigen Beschuldigungen im Streit darüber, wer daran Schuld trägt, daß wir noch immer nicht in das Reich der reinen Freiheit eintreten konnten, daß noch immer Gewalt gegen Gewalt steht. Wir möchten in diesem Zusammenhang auf solchen Streit nicht weiter eingehen, aber den Wunsch und die Hoffnung möchten wir aussprechen, daß der erste Mai 1919 Vorbild und Vorahnung dessen werden möge, was ja einmal doch kommen muß: eines Zeitalters, in dem niemand mehr seine Freiheit dazu mißbrauchen wird, die Freiheit anderer zu vergewaltigen. Allen, die bereit sind, den Weltfeiertag der Arbeit in diesem Geiste zu feiern, rufen wir zu:

Rüftet zum ersten Mai!

Zweiter Rätekongreß.

1. Sitzung vom Freitag, den 11. April, 10½ Uhr vormittags

Der Vorsitzende Hauschild verliest zunächst das bereits veröffentlichte Schreiben des stellvertretenden Pressescheffs der Reichsfunktionäre Brenner, worin dieser erklärt, daß er in der gestrigen Kongresssitzung nicht die Neuerung getan habe: „Dann machen wir nicht mehr mit, dann werden wir den Meck verhaften lassen.“ Ein Mitglied der Unabhängigen erklärt daraufhin, daß er diese Neuerung selbst gehört habe. Geher und Dr. Rosenfeld von den Unabhängigen nehmen dieses zum Anlaß, um heftige persönliche Angriffe gegen Brenner zu richten, dem sie vorwerfen, Führer in der reaktionären Presse den größten schandhaftigen Schwindel betrieben zu haben.

In Sachen Brandes teilt namens der dafür eingesetzten Kommission Roske (Goldatenfraktion) mit, daß alle Bemühungen um die Haftentlassung Brandes vergeblich gewesen sind. Roske hat geteilt der Kommission erklärt, das Gericht der Division habe sich nicht für zuständig erklärt, und wisse nicht, ob das Reichsgericht oder das Landgericht Magdeburg zuständig sei. Ein Freilassungserfolg ist nicht, weil

begründeter Verdacht für Hochverrat

besteht. Ob Roske mehr darüber erfahren hat als wir, ist nicht bekannt worden. Den Wittteilungen Roskes gegenüber, die Verhaftung sei in 24 Stunden Haft, teile ich mit, daß bei mir ein Bruder des verhafteten Brandes sich bitter beklagt hat darüber, daß die Verhafteten hungern müssen. Ich habe das ebenfalls Roske mitgeteilt und er hat versichert, daß er für Abstellung sorgen werde.

In Sachen Ledebour teilt Köllin mit im Auftrag des Kongresses haben wir gestern zunächst mit dem Vorsitzenden der 7. Strafkammer des Landgerichts I Rücksprache genommen. Dieser lehnte es ab, den Verhaftung der Strafkammer aufzuheben und so blieb nichts übrig, als ihm das Beschwerdeschreiben Ledebours zu überreichen. Daraufhin hat der Vorsitzende die Staatsanwaltschaft ersucht, die Akten sofort dem Kammergericht zur Entscheidung zu übersenden. Wir sind mit den Akten sofort zum Kammergericht gegangen und Oberstaatsanwalt Rothe erklärte sich bereit, die Akten sofort dem Senatpräsidenten zu übermitteln; wir zogen es vor, direkt zu diesem zu gehen und sprachen den Wunsch aus, daß die Entscheidungs-

möglich noch an demselben Tage erfolgen sollte. Da erst heute morgen Sitzung ist, wollen die Herren heute die Sache als erste in Sitzung verhandeln. Der Senatpräsident hat in der Rücksprache mit uns auf realistische Bedenken hingewiesen und u. a. erklärt, die Sache wäre ganz einfach, wenn die Nationalversammlung

ein ganz kurzes Geschänd

machen würde, daß der Rätekongreß eine Körperschaft sei, deren Mitglieder auch ein Recht auf Immunität besäßen. Nach den Darlegungen des Senatpräsidenten dürfen wir annehmen, daß die heutige Entscheidung eine ablehnende sein wird.

Hg. Dr. Rosenfeld schlägt vor, einen Antrag an die Nationalversammlung zum Erlaß eines Gesetzes zu stellen.

Cohen-Kreuz (Zentralrat) ist der Meinung, daß die Mitglieder des Kongresses immunitätlos sein sollen. Da aber die Tagung des Kongresses voraussichtlich morgen zu Ende gehen würde (Morgens: Hebermorgen!) so würde doch bis dahin ein Bescheid in der Nationalversammlung nicht fertig werden. Deshalb würde die Aufgabe des neuen Zentralrates darin bestehen, einen solchen Vorschlag der Nationalversammlung für künftige Rätekongresse zu machen.

Dr. Rosenfeld widerspricht den Darlegungen des Vorsitzenden und behauptet, daß die Reichsregierung nicht das Wort genommen habe.

Hermann Müller (Zentralrat) weist darauf hin, daß der Widerspruch von 15 Abgeordneten genüge, um die jährliche Befreiung eines Gesetzes in der Nationalversammlung zu verhindern.

Schimmel (Soz.) erklärt namens der Fraktion, daß diese sich der Auffassung Cobens anschließe.

Reichsernährungsminister Robert Schmidt erklärt sich bereit, den Vorschlag Rosenfeld der Regierung zu übermitteln.

Der Antrag betreffend Maßnahmen zur Hebung der Arbeitslosigkeit wird dem Zentralrat als Material überwiesen. Es folgt die Beratung zweier Anträge betreffend

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Dr. Rosenfeld (U. Soz.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Er verweist auf das Wort: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren“. Wir haben den Wunsch, der Regierung den Vorwurf der Selbstlosigkeit zu nehmen und wünschen darum, daß der Belagerungszustand in allen Teilen des Reichs aufgehoben wird. Tritt doch selbst dieser Kongreß unter dem Belagerungszustand! Wie ganz anders sah es im November aus! Damals hob die neue Regierung sofort den Belagerungszustand auf, jetzt, nach der Revolution, sind wir glücklich so weit, daß sie zurückgreift auf ein veraltetes Gesetz von 1858. Bei den Haftbefehlen gegen Kommunisten prüft man gar nicht mehr, was der einzelne getan hat. Redner verliest einen solchen Haftbefehl, in welchem es u. a. heißt: „Im Hinblick auf die Verhältnisse besteht gegen sämtliche Mitglieder der Partei der dringende Verdacht, daß sie an den Verbrechen beteiligt waren, oder sich noch daran beteiligen werden.“ (Zuruf: Unerbittlich!) Redner schildert dann Einzelheiten von schlechter und grausamer Behandlung von Untersuchungsgefangenen. Wir fordern Aufhebung des Belagerungszustandes und Amnestie im Interesse der Arbeiterklasse, die unschuldig unter den fürchterlichen Wirkungen des Belagerungszustandes und der politischen Verfolgung leidet. (Beifall bei de Unabh. Soz.)

Vorsitzender Hauschild: Während der Rede des Redners ist der Zuruf „Freier Geselle!“ erfolgt. Ich rüge diesen Ausdruck.

Janas (Kommunist) befragt seinen Antrag betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes in den Industriebezirken. In einem Teil verlangt dieser Antrag völlige Gleichberechtigung beider Sprachen in Oberösterreich, und Einführung und Zulassung der polnischen Sprache als Amtssprache. Ich warne, so führt Redner aus, die Regierung vor der Fortsetzung ihrer verkehrten Politik in Oberösterreich. Es wird dann kommen, daß das polnische Volk gegen diese Politik sich aufrafft und sich aus den Grenzen des Deutschen Reiches hinwegsetzt. (Zuruf: Nicht wahr!) Ihre Politik ist bloß eine Theateraufführung vor uns Arbeitern. Aber wir haben unsere Instinkt und der bringt uns auf den richtigen Weg. (Beifall bei de U. S. V.)

Reichsernährungsminister Robert Schmidt erklärt namens der Regierung, daß sie aus Rücksicht die von Herrn Rosenfeld erwähnten Vorwürfe bedauernd und Abhilfe schaffen werde, wenn sie sich als wahr herausstellen sollten. Im übrigen hat darüber der preussische Minister des Innern zu bestimmen. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß die Regierung in keiner Weise Hebergriffe der Truppen irgendwie beschönigen will, daß wir bemerkt sind, alle diese Vorgänge auf ihre Wahrheit zu prüfen und jeden zur Verantwortung zu ziehen gesonnen sind, der sich solcher Verbrechen schuldig macht. Aber wir müssen bei allen diesen Beschwerden erst das Endergebnis der

richterlichen Untersuchung abwarten. Ich weiß nur, daß die preussische Regierung den Belagerungszustand sofort wieder aufheben wird, wenn nur wieder einigermaßen Ruhe eingetreten ist. Auf die Münchener Regierung hat die Reichsregierung gegenwärtig gar keinen Einfluß, so daß ich mir von einem Geantreten an sie mit dem Ersuchen um Aufhebung des Belagerungszustandes keinen Erfolg verspreche.

Nach weiterer Debatte wird ein Schlußantrag angenommen. Der Antrag der U. Soz. Absatz 1 (Aufhebung des Belagerungszustandes für das ganze Reich) wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes für das Ruhrgebiet. Der Antrag der Reichssozialisten auf Entlassung aller politischen Gefangenen, die aus Anlaß bereits abgeschlossener politischer Bewegungen verhaftet worden sind, wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Kommunistischer Bannfluch über die bayerische Räterepublik.

Gegen die unabhängigen Proletariemörder.

Die spartakistische Frankfurter „Freiheit“ bezeichnet die Führer der Münchener Räterepublik als „kleinbürgerliche Viteroten“ und „Konfusionsräte“ (letzteres speziell auf Landauer) und zitiert dann einen Aufruf der bayerischen Kommunisten, der wörtlich folgendes sagt:

„Wenn jetzt von den unabhängigen Proletariemördern, den Scheinsozialisten und den anarcho-konfusionsräten eine Schein-Räterepublik proklamiert wird, so glaubt nicht, die Wahl eines revolutionären politischen Organs wäre überflüssig, mehr denn je ist es notwendig! Wie eine Seifenblase plant, wie ein Kartenzug zusammenführt, so wird jenes künstliche Gebilde, das über die Köpfe der Massen hinweg mit Kessame-Tam-tam und Selbstweibschäderung schijnsozialistischer Führer in die Welt gesetzt wurde, in sich zusammenfallen, weil es ihm an innerer Kraft gebricht. Der neuzunehmende revolutionäre Mai hat die Vorbereitung zur Ergreifung der politischen Macht zu treffen. Anherdem muß er seinerseits darüber bestimmen, wann die Zeit zur Proklamation der kommunistischen Räterepublik als gegeben zu betrachten ist. Nach wie vor werden wir unsere Ideen in die Massen hinaustragen und einen scharfen Trennungsschnitt zwischen uns und allen sozialdemokratischen Verrätern, die bisher das Rätesystem beschützten, und den immer schwankenden Unabhängigen, welche das Rätesystem vermaßerten!“

Die Unabhängigen können aus diesem Bannfluch mancherlei lernen, vor allem auch, daß auch sie sofort „Proletariemörder“ werden, wenn sie zur Regierung kommen.

„Die dreimal verfluchten deutschen Menschewisten!“

Lenin gegen die Unabhängigen.

Auf dem achten Kongreß der russischen kommunistischen Partei in Moskau sagte laut Bericht der „Pravda“ Lenin darüber, daß die deutsche Arbeiterklasse noch immer nicht bolschewistisch, sondern in ihrer Mehrheit „schwedemännisch“ sei. Dann fuhr er fort:

„Wie ist es dazu gekommen? Dank dem Bündnis der Spartakisten mit den dreimal verfluchten deutschen Menschewisten, den Unabhängigen, die alles konfus machen und das Spätem der Räte mit der konstituierenden Versammlung in Einklang bringen wollen. Das geht in Deutschland vor! Und Deutschland ist ein an der Spitze der Staaten marschierendes Land!“

Lenin erzählte dann, man arbeite in Deutschland mit Hinweisen auf die schlechte Lage des russischen Volkes unter der bolschewistischen Herrschaft und fuhr dann mit dem erblichen Stoßspeer fort: „Und daß es bei uns sehr gut wäre, können wir ja nicht sagen!“ Im übrigen bestritt Lenin, daß Rußland eine bewaffnete Intervention in Deutschland plane und verbot gegen Dukatius das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung.

Erziehung des Formensinns in Schulen.

Von Wilhelm Spöhr.

Der „Vorwärts“ berichtet von der dankenswerten Privatinitiative des „Verbandes deutscher Kunstschaffender“, der keine Ausstellungen seiner Werke in den Berliner Schulen veranstalten will. Unschickelhaft dieser Teilhaberschaft, die zu loben ist, weil sie einen Anfang bedeutet, muß aber das Problem der künstlerischen Erziehung der Jugend schematisch in Angriff genommen werden. Es ist innewendig die Erziehung des Formensinns in den Schulen in die Wege zu leiten, wie ich dies schon an anderen Stellen forderte. Das Unterrichtsministerium hat der Malerei in den Lehrplänen für die Schulen Platz eingeräumt, das Ministerium für Handel und Gewerbe für die Fortbildung, Fach- und Gewerbeschulen, und die Gemeinden haben die Einrichtungen und Sammlungen durch Dotierungen zu ergänzen. Bisher haben einzelne Zeichenlehrer, die persönliche Beziehung zur modernen kunstgewerblichen und Qualitätsbewegung haben, sich mit unzulänglichen Mitteln dem Formensinn in ihren Schülern zu bilden, indes ist es hohe Zeit geworden, dafür zu sorgen, daß schon die Ausbildung der Zeichen- und Fachlehrer von vornherein im Sinne jener modernen fortschrittlichen Bewegung arbeite und daß Direktiven gegeben werden für die Einrichtung von Musterammlungen guten Bauwerks und Kunsthandwerks, für die einzelnen Schulen oder als Leihsammlungen für die einzelnen Gemeinden.

Es handelt sich hier nicht um eine Kleinigkeit, sondern um eine Sache von eminenter volkswirtschaftlicher Bedeutung. Während die Bewegung für Qualitätssteigerung im letzten Jahrzehnt Deutschland höchsten wirtschaftlichen Vorteil gewannen ließ durch Abgabe hochwertiger Arbeit an das Ausland, steht das eigene Volk zu einem viel zu bedeutenden Teil noch unterhalb von diesem gesunden Streben nach Materialerleichterung und guter handwerklicher Arbeit und ist in erschreckendem Maße noch Knecht des Monopolschandes geblieben. Die gesunden handwerklichen Gedanken müssen endlich im Volk befruchtet werden, zum Wohle des Volkes als Konsumenten und zum Wohle des Handwerks und ehrlicher Industrie, zum Wohle unserer ganzen Volkswirtschaft in Bezug auf Eigenverbrauch und Ausfuhr. Dies muß von vornherein in der Schule geschehen, und es ist selbstverständlich, daß neben der Belehrung in ganz besonderem Maße veranschaulicht wird. Jeder Schule muß eine Musterkammer in Zusammenhang sein von Kunst und gebräuchlichem Kunstgewerbe, die durch Materialerleichterung und gute handwerkliche Arbeit, durch Zweckmäßigkeit und edle Form hervorgerufen sind. Diese Sammlung kann ergänzt werden durch einzelne auffällige Gegenstände, so daß ein Vergleich der ursprünglichen Absicht sinnfällig unterliegt. Dann ist es leicht, den zumächigen Gegenstand in seiner einfachen Schönheit als überlegen zu begreifen gegenüber dem formlosen, von unheimlichem Dekor überwachten und zweckverfehlenden Gegenstand.

Es handelt sich überdies um eine Angelegenheit, die in enger Beziehung zur Reinlichkeit und Wahrhaftigkeit des Volkstums steht. In der Gesamtheit des Volkes ist für die sichtbare und greifbare Umgebung gebildet, in der kein Teil über den gleichenden Schein gestellt im Volkstumsgefühl, so ist dies die wirksamste Hilfe für die Erlangung jeder inneren Ehrlichkeit, die heißt abzurufen über der Verführung durch all den einbringenden Schund und Mißlich. Mit Schmerz und Widerwillen müssen wir ja sehen, daß dieselbe Ausbeutungsgewinnung, die früher das Volk mit patriotischem, sentimentalem oder Sherlock-Holmes-Mißlich betrog, jetzt sich unter anderer, „revolutionärer“ Maske auf das Volk stürzt, und mit Erfolg.

Schiller hat die ästhetische Kultur als das vorzüglichste Element der Charakterbildung bezeichnet. Dieser Erkenntnis gefeilt sich aber noch in immer heftigerem Maße die andere, die an höchst reale Notwendigkeiten anknüpft: daß die Pflege der Form in eminentem Sinne weltanschauliche und nationale Verpflichtung ist. Hiermit steht und fällt das Deutschland der Zukunft, und damit der deutsche Arbeiter der Zukunft. Darum: Erziehung des Formensinns von Jugend auf, in den Schulen! Zum Glück des Individuums, zur Wohlfahrt für die Allgemeinheit!

Kammerspiele: „Der Star“, von Hermann Bahr.

Die vor zwei Jahrzehnten enthandene baskische Komödie steht ebenso wie seine „Geldes Nachtigall“, die gleichfalls vom Theaterwischen handelt, mit einem außerordentlich frischen Akte ein, um ebenso wie diese, dann im weiteren Verlauf bei manchem geistreich lässigen Einfall erbeutlich nachzulassen. Ein abgerundet ebennütziges Lustspiel, das die Komödienreife bis zum letzten Faden des Vorhangs festhalten, ja zu steigern weiß, ist ihm nur einmal im „Kongert“ gelungen. Indes wie viele Stücke der gesamten Lustspiel-Literatur gibt es denn überhaupt, die einem solchen Anspruch genügen? An dem Niveau gemessen, das heutzutage im Unterhaltungsgebiet herrscht, nimmt dies Stück, trotzdem der angehängte letzte Akt es nur zu einer mageren Schlußpointe bringt, noch immer sattheit und erfreulich sich aus und rechtfertigt, zumal eine hervorragende Besetzung der Hauptrollen zur Verfügung stand, das Experiment der Ausarbeitung.

Der Star, die gelehrte Väterchen, die am Morgen nach einer gründlich durcgefallenen Premiere, wobei das Publikum sogar die Geschichten auf sie als Hauptdarstellerin verweisen ließ, den ganzen geschickten Theaterplan veranlaßt und zur Abwechslung noch dem still beschwebenen Paradies der wahren Liebe lenkt, war sehr reiz- und temperamentalvoll durch Jean Konstantin vertreten; den jungen durchgefallenen Tiktetomann, der für sein Unglück in der Poesie durch Glück bei dieser Dame entschädigt wird, gab Hermann an Tiktet mit unwiderruflich starker Dialekt. Wie er abzugeben bei der Erklärten, die ihn an ihren eigenen Missetat die Schuld gibt, erscheint, den Vogel ihrer boshaft spitzigen Bemerkungen genützlich über sich erweisen läßt, und wie jodann seine Jungensart, als er sich endlich doch zur Wehre setzt, sie rasch entwerfen und ihr Gefallen zum Entzücken steigert — das wirkte in der humorvoll seinen kongenialen Wiedergabe höchst ergötzlich. Diese jene innere Vergnügtheit aus, die man von einem guten Lust-

spiel erhofft und doch so selten erlebt. Gesteigert wurde die Fröhlichkeit durch Rosa Veriens' glänzend gespielte Figur einer bitterernten einstigen Tragedin, die als pathetische Theatermutter bestänierend und ewig rühmend über das Wohlergehen ihres Schützlings wacht.

Nach dem dritten Aufzuge, in dem die sehr verständliche Eifersucht des zum Verlobten avancierten Liebhabers zu einer lebten Auseinandersetzung und zum Bruch führt, trönte das Publikum, in der Meinung, daß nichts mehr komme, zu den Türen, die aber noch verschlossen waren. Es hatte recht. Der vierte Akt, die Verlobung des eben Freiwordenen mit einem Bürgermädchen, erwies sich als ein bloßer Füllsalz, der besser fortgelassen wäre.

Ein neuer Roman von Romain Rolland.

Romain Rolland hat einen neuen Roman erscheinen lassen den er bereits vor dem Kriege vollendet hat, der aber während des Krieges nicht erscheinen konnte. Es ist eine in heiteren Formen gehaltene historische Dichtung im Stile von Rabelais. Das Buch führt den Titel „Colas Breugnon“. In der Einleitung schreibt der Dichter, daß er nach der zwangvollen zehnjährigen Arbeit an seinem „Jean Christophe“ ein unbefriedigtes Bedürfnis nach lustiger Heiterkeit bis zur Selbstlosigkeit fühlte. „Eine Rückkehr zum heimatlichen Boden ließ mich“, so schreibt Romain Rolland weiter, „den Boden der Bourgogne wieder fühlen, den ich seit meiner Jugend nicht mehr gesehen hatte, und dies wachte in mir eine Bergangenheit, die ich für immer eingeschlafen glaubte.“ Und so schrieb Romain Rolland einen Roman, der zur Zeit der Minderjährigkeit Ludwigs XIII. spielt, der aber weder ein Abenteuer, noch ein Ritterroman ist. Der Held Colas Breugnon ist Tischler und Holzbildhauer, ein sehr geschickter Handwerker von Clamecy, der das Leben schön findet und den Wein, die Lustigkeit, die mütterliche Natur und die Schönheit der Frauen liebt. Dieser Roman ist in der französischen Literatur nicht neu, er kommt in den baskischen Romanen bis zum trivialsten Lande in der Hand einer Variation vor. Sein größter Verherrlicher war Rabelais, und Romain Rolland sucht ähnlich Rabelais zu imitieren. Er zeigt die Härte jener Zeit, Soldaten, Bauern, und dies alles mit möglichst historischer Treue. Aber auch dieser Roman ist moralisch und pädagogisch, genau wie die lange Reihe von Büchern, in denen das Leben Jean Christophe erzählt wird.

Stephen Zweig arbeitet augenblicklich an einem umfangreichen Buch über Romain Rolland.

Notizen.

— Theater. In der Volkshalle wird am kommenden Donnerstag erstmals die Genesissagen aufgeführt. — Hans Pflügers musikalische Freunde „Palästina“, die kürzlich ihre erfolgreiche Aufführung im Wiener Operntheater erlebte, wird unter Pflügers Leitung im September erstmalig im Opernhaus unter den Linden in Szene gehen. — Berliner Sezession. Die Stadt Berlin hat für ihre zukünftige Galerie ein Gemälde „Vachantia und Jentaur“ von Zois Corinth erworben.

Kämpfe in Essen.

Spartakistischer Barrikadenbau.

Essen, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei wiederholten Zusammenstößen im Laufe des gestrigen Tages gab es auf beiden der Kruppen 4 Verwundete, bei der Zivilbevölkerung 3 Tote und mehrere Verwundete. — Bei Krupp arbeitete heute etwa drei Viertel der Belegschaft. — Die Essener Sicherheitswehr ist aufgelöst worden; die Reservewehr trat in Tätigkeit. Die verhafteten Mitglieder der Reuekommission wurden nach Münster gebracht. — Die nächste Sitzung der Delegierten der unionistischen Jugendräte soll nach Braunschweig einberufen werden.

Lübeck, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Belagerungszustand ist aufgehoben. Gas- und Elektrizitätswerk haben ihren Betrieb wieder aufgenommen. Im übrigen wird weitergestreift. Gestern nachmittag haben Straßenkämpfe stattgefunden. Am Hindenburgwall ist ein Hotel fast beschädigt worden. Aus der Menge wurde mit Pistolen geschossen. In Oberbill, dem Industrieviertel, sind gestern nachmittag an einer Stelle Barrikaden gebaut und ein Schützengraben aufgeworfen worden. Zwischen Barrikaden und Schützengraben fanden 150 Spartakisten. Die Regierungstruppen haben diese angegriffen. Etwa 30 Spartakisten sollen gefallen sein. Genaueres ist darüber noch nicht bekannt. Ein Regierungssoldat, der allein spazieren ging, ist mißhandelt und in den Rhein geworfen worden. Er wurde gerettet und ins Krankenhaus gebracht. Der Mehrheitssozialist Thielmann ist dem Militärkommando als Zivilkommissar beigegeben worden.

Zur Lügenheke der „Freiheit“.

Ein auf den Kopf gestellter Vortrag.

Die Methode der „Freiheit“, mittels absichtlich gefälschter Medien gegen die Regierungstruppen Propaganda zu machen, ist schon an dem Beispiel der erfindenen Rede des Major Stockhausen illustriert worden. Wir bringen hier einen zweiten Fall, der beweist, mit welcher dreister Lügenhaftigkeit die „Freiheit“ in diesen Dingen verfährt. Am 29. März hielt ein Kapitän Türk in der Universität einen Vortragsabend für das Freikorps Hülfsen. Der Inhalt dieses Vortrages ist in der „Freiheit“ geradezu ins Gegenteil verkehrt, obwohl der Berichterstatter sich selbst als Akademiker bezeichnet.

Zuerst wird behauptet, Kapitän Türk habe erklärt, die Revolution sei „von ein paar Strolchen in Kiel“ gemacht worden. Kein Wort davon ist wahr. Kapitän Türk hat die Kieler Revolution überhaupt nicht erwähnt. Offenbar hat der famose Berichterstatter seine Verdröpfung aus einem ganz anderen Satz geholt. Kapitän Türk nahm nämlich die Arbeiterlosen gegen ungerechte Angriffe in Schutz und sagte hierbei: Man dürfe nicht ein paar hundert Strolche aus dem Reichsgebiet mit den vielen Hunderttausend wirklichen Arbeitern verwechseln, die wirklich keine Arbeit finden können. Denn der erbarmungslose Gegner, dem wir beim Waffenstillhandangebot blindes Vertrauen schenken, läßt seine Kohlen für uns herein. — Aus diesem letzten Satz konstruiert die „Freiheit“ dann einen alldeutsch-reaktionären Vorstoß gegen die sozialistische Regierung.

Infolge der Antragsung, die diese Verdröpfung ihnen verursacht hat, scheint der Gemütskrank der „Freiheit“ sodann eingeschlagen zu sein; denn er zitiert als Ausführung des Kapitän Türk eine Reihe der „Täglichsten Rundschau“ und der „Wahrheit“, gegen die sich dieser klarpolemisch gewandt hat:

Am 9. November habe die Regierung an allen Straßenecken Plakate angeschlagen: „Der Militarismus ist tot.“ Jetzt hole sie die Offiziere wieder und rufe die Studenten zu den Waffen. Das Freikorps Hülfsen wisse wohl, daß die Stimmung der Studenten gegen die Regierung sei, aber man trete hellebete nicht wegen der Regierung in die Freikorps, sondern wegen des Vaterlands, das wisse, daß die Studenten stets gut deutsch-national gesinnt gewesen wären.

In Wirklichkeit betonte der Referent gegenüber den bürgerlichen Vätern: „Und nun komme ich auf den größten Fehler in der Politik, die da sagt: Der Arbeiter drücke sich! Tatsächlich aber bestehen 90 Proz. des Hülfsenschen Korps aus den arbeitenden Klassen und 10 Proz. aus der gebildeten Oberschicht!“ Hieraus macht die „Freiheit“ in ihrem krausphansen Bestreben, Reaktion zu sehen wo keine ist:

„Den Freikorps läge ganz besonders an den Studenten. Es befanden sich nämlich 90 Proz. ungebildete Leute in den Freikorpsverbänden, auf die man sich nie ganz fest verlassen konnte.“

So ist ein jeder Satz des Vortrages in sein Gegenteil verkehrt. Es bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder der akademische Gewährsmann der „Freiheit“ hat absichtlich gefälscht oder aber, er war nicht fähig, dem Vortrag zu folgen. Im letzteren Falle fürchten wir stark für sein Examen. Wenn er hierbei das im Kollegium Gehörte in ähnlicher freier Auffassung wiedergibt, so dürfte er kaum besser abschneiden, als der berühmte Hieronymus Zob.

Industrie und Handel.

Börse.

Auch heute beschränkte sich das Börsengeschäft im wesentlichen auf Ausland-, Kolonial- und Petroleumwerte, die bei schwankenden Kursen, aber fester Tendenz lebhaft gehandelt wurden. Daneben zeigte sich harter Kaufdruck für Schiffahrtswerte, die 2 bis 3 Proz. anzogen. Der Rentenwert lag sehr still bei höheren Anlaufkursen. Garpener und Kombacher gemannen hier je 2½ Proz. Lothinger Hütten konnten 3½ Proz. höher notieren. Große Berliner Straßenbahn zogen etwa 1 Proz. an. Die Kupfer gaben 2 Proz. nach. Fest lagen Raffinerie, auf die Nachricht von der bevorstehenden Preiserhöhung. Reichsanleihen waren mit 80½ Proz. behauptet.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik in der Metallindustrie.

In der heute normittag abgehaltenen Versammlung der Delegierten der Angestelltenvereine machte Gramm, der Vorsitzende der Zentralvereine, folgende Mitteilungen:

Die gestern vorgenommenen Abstimmungen in den Betriebsversammlungen ergaben 25 000 Stimmen für Ablehnung und nur 1000 Stimmen für Annahme des Streikbeschlusses. Die Streikenden haben also den Streikbeschluss einstimmig abgelehnt. Darauf hat die Zentralvereine gestern abend alles getan, was nötig ist, um den Streik in veränderter Form und in Verbindung mit den Pensionisten weiterzuführen. Nachdem in dieser Hinsicht alles vorbereitet war, trat das Schicksal der Regierung ein, welches die geschickte Beflegung des von den Streikenden geforderten Mitbestimmungsrechts bei Entlassungen und Entlassungen zusichert und den Streikenden unter diesen Umständen empfiehlt, den Kampf zu beenden. — Durch diese Abänderung der Regierung war eine völlig veränderte Situation geschaffen, welche die Streikleitung veranlaßt, eine Kommission einzusetzen, die mit der Regierung in Ver-

bindung treten und sie veranlassen soll, eine Verhandlung mit den Metallindustriellen herbeizuführen. Daß die Streikenden infolge des Scheiterns der Regierung sofort mit Wiegenden Forderungen zur Arbeit zurückkehren, kann nicht verlangt werden. Die Regierung muß jetzt aus ihrer kundgebenden Anschauung heraus eine Einigung zwischen den Angehörten und den Unternehmern zustande bringen, die es der Streikleitung ermöglicht, die Wiederaufnahme der Arbeit mit gutem Gewissen zu empfehlen. — Wir fordern, daß die Verhandlungen noch heute aufgenommen und beendet werden. Bringen sie ein uns befriedigendes Ergebnis, dann ist zu wünschen, daß am Sonntag in Betriebsversammlungen die Beendigung des Streiks beschlossen und am Montag die Arbeit einstimmig aufgenommen wird.

Im Laufe der Versammlung erließen ein Mitglied der Kommission und teilte mit, der Regierungsvorsteher Krüger habe beantragt, daß heute nachmittag eine Verhandlung mit den Unternehmern stattfinden. Die Streikenden erwarten, daß die Unternehmern sich bereitfinden werden, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten anzuerkennen, vorbehaltlich der endgültigen Regelung desselben durch das Gesetz.

Im übrigen gab die Versammlung der Auffassung Ausdruck, einmütig im Streik zu verharren, falls nicht eine Verständigung auf der von der Streikleitung angegebenen Grundlage zustande kommt.

Eine Versammlung der Zentralvereine findet Sonnabend, den 12. April, vormittags 9 Uhr, eine weitere Versammlung der Delegierten der Unterstreikleitungen um 10 Uhr in Daberlands Festsaal statt.

Weitere Ausdehnung des Bankbeamtenstreiks.

Die im Reichsarbeitsamt zwischen dem Verband Berliner Bankleitungen und den beiden Beamtenorganisationen geführten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Infolgedessen haben die beiden Organisationen der Bankbeamten zunächst die Beamten in Hamburg, Leipzig und Frankfurt a. M. aufgefordert, sich dem Generalstreik anzuschließen.

Die Verhandlungen.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen, die gestern im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Schler zur Verlegung des Streiks der Bankbeamten geführt sind, wird vom Verband Berliner Bankleitungen, dem die sieben mit Streik überzogenen Banken angehören, folgende Mitteilung verbreitet: Zu Beginn der Verhandlungen wurde alsbald durch ein Entgegenkommen der Leitung der Darmstädter Bank der den Ausgangspunkt der ganzen Bewegung bildende Punkt bei der Darmstädter Bank unter dem Vorbehalt geregelt, daß die übrigen Streikpunkte zur Erledigung kämen. Die Angestelltenvertreter erklärten dann, daß der Streik, von dem sie behaupten, daß er aufgegeben sei, weil man den Angehörten der übrigen Institute Streikbrecherdienste zugemutet hätte — was widerlegt wurde — nunmehr zum Abschluß eines Tarifvertrages führen müsse, und daß der Streik nur dann beendet würde, wenn familiäre wesentliche Punkte dieses Tarifvertrages zuerst in einem Vorabkommen festgelegt würden. Der Hinweis, daß durch die Erledigung des Streikfalles bei der Darmstädter Bank jeder Anstoß zum Streik bei dieser und den anderen Banken fortgefallen sei und die Verhandlung eines erstmaligen und umfangreichen Tarifvertrages nicht in den bewegten Tagen eines Ausstandes, sondern nur in Ruhe erfolgen könne, der Verband Berliner Bankleitungen auch seit seiner im November 1918 zum Zwecke der Führung von Tarifverhandlungen erfolgten Gründung zu solchen Verhandlungen sich zur Verfügung gehalten habe, wurde von der Gegenseite abgelehnt. Auf Vorschlag des Verhandlungsleiters beschloß man dann aber schließlich doch, in eine Beratung einzelner Punkte einzutreten. Als der wichtigste Punkt wurde das Mitbestimmungsrecht der Angestelltenausschüsse bezeichnet und darauf von dem Verhandlungsleiter dieser Punkt zur Beratung gestellt. Die Forderung der Angestelltenvertreter ging darauf, daß die Angestelltenausschüsse bei allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Anordnungen, insbesondere bei Neueinstellungen, Beförderungen, Versetzungen, Kündigungen und Entlassungen das Mitbestimmungsrecht hätten. Die sehr langwierigen, bis in die Nachtstunden sich erstreckenden Verhandlungen betrafen im wesentlichen den Hauptdifferenzpunkt, nämlich das Verlangen der Angestelltenausschüsse, bei Kündigungen und Entlassungen in allen Fällen ohne Ausnahme mitzuwirken. Die Bankleitungen erklärten übereinstimmend, daß sie ohne Rücksicht gegenüber Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen ohne gewisse Vorzuzugungen das Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen nicht zugeben können. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Beförderungen müsse den Beamten abgeprochen werden wegen der tatsächlichen Verantwortung, die die Bankleiter zu tragen hätten, und wegen der profissionellen Unbürdbarkeit einer solchen Bedingung. Die Angestellten ließen bezüglich dieser Punkte, nämlich Mitwirkung bei Einstellung und Beförderung ihre Forderung fallen. Dagegen war es nicht möglich, bezüglich der Entlassungen und Kündigungen eine Einigung zu erzielen. Vermittlungsvorschläge des Verhandlungsleiters führten zu keinem Ergebnis, so daß schließlich die verhandelnden Parteien bei diesem ersten Punkt die Ausschließlichkeit einer abschließenden Verständigung feststellen mußten. Die übrigen Punkte, die nach dem Verlangen der Angestelltenvertreter in dem Vorabkommen noch während des Ausstandes geregelt werden sollten, kamen infolgedessen nicht mehr zur Verhandlung.

Groß-Berlin

Wegen eine Kommunalisierung des Lebensmittelhandels

wird in Händlerkreisen agitiert und propagiert. Genier der Bewegung, die da in Gang gebracht werden soll, sieht der Handelsrat. Die Großhändler, die bei der Kommunalisierung ihre Ausschaltung zu erwarten haben, benutzen die Kleinhandeler als Strohbock. In einer vom Bund der Markthallenbesitzer Berlins einberufenen Versammlung der Hausstandsbesitzer vor Referent der Generalsekretär Müller vom Hansabund. Er versicherte, der Handel werde sich nicht an die Hand drücken lassen. Die Handelstreibenden würden die Kommunalisierungspläne mit allen Mitteln bekämpfen, auch mit Streikdemonstrationen und nötigenfalls sogar mit einem Streik der Lebensmittelhändler. Es soll eine umfangreiche Werbearbeit getrieben werden, die beträchtliche Geldmittel erfordern wird. Den Hausstandsbesitzern erzählt der Handelsrat, eine Firma habe allein 50 000 M. zur Verfügung gestellt, aber auch die Beiträge der Kleinen seien nicht zu unterschätzen. Die Höhe jenes Beitrages einer einzigen Firma zeigt, welches Interesse die Großen an den Projekten gegen die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels haben. Die Gegner der Kommunalisierung hoffen, für ihre Zwecke auch die Hausfrauen mobil machen zu können. Hierzu sollen besondere Versammlungen für Hausfrauen veranstaltet und in den Geschäften die Kundinnen zur Unterzeichnung einer Petition aufgefordert werden. Da wird man nicht viel Glück haben.

Abfindungssummen bei Arbeiter- und Angestelltenentlassungen.

Der Reichsarbeitsminister hat sich durch ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister, das in bekannter Weise, daß die Abfindungssummen, die Arbeitgeber bei Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen an Arbeiter und Angestellte zahlen, von den Kommunen auf die Erwerbslosenunterstützung angedreht werden. Da die Empfänger die Abfindungssummen meist nicht als Unterstützung für die kommende erwerbslose Zeit, sondern als Gratifikation für geleistete Dienste betrachten, und in der Mehrzahl der zurückliegenden Fälle die Abfindungssumme für notwendige Anschaffungen

verausgabten, so fuhrt die erwähnte Handhabung seitens der Kommunen zu schweren Inzuträglichkeiten. Wir raten den Arbeitern, denen Abfindungssummen angeboten werden, sich vom Arbeitgeber beschleunigen zu lassen, daß die Abfindungssumme als Gratifikation oder Lohnzuschlag für verfließene geleistete Arbeit gezahlt wurde, damit die Unterstützung keine Beeinträchtigung erleidet.

Versammlung der Eisenbahner

(Betriebs-, Bureau- und Werkstättenpersonal) Sonnabend, 12. April, abends 6 Uhr, in der Festhalle des „Stadthaus“, Eingang Klosterstraße.

Erste Tagung der sozialistischen Studentengruppen Deutschlands!

Die sozialistische Studentenpartei der Hochschulen Berlins hat für die Osterfeiertage einen allgemeinen sozialistischen Studententag einberufen.

Es soll dort über den Zusammenschluß aller sozialistischen Studentengruppen verhandelt und ein gemeinsames Hochschulprogramm aufgestellt werden.

An 25 Studenten- und Akademikergruppen, sowie führende Persönlichkeiten der sozialistischen Hochschulbewegung und Vertreter der proletarischen Jugendbewegung sind Einladungen ergangen.

Die Gruppen und Kreise sozialistischer Akademiker, die an der Tagung teilnehmen möchten, aber noch keine Einladung bekommen haben, wollen sich an die Geschäftsstelle der S. S. V., Berlin NW. 23, Hofmeister Ufer 10 I, wenden.

Tragödie zweier Freunde. Ein Unglücksfall, durch welchen das Leben zweier junger hoffnungsvoller Männer vernichtet wurde, hat sich gestern im benachbarten Steglitz abgespielt. In der Wohnung des Regierungssekretärs Schulz wurde die Leiche seines Sohnes, des Kunstgewerbeschülers Viktor Schulz, und die des Handelschülers Alfred Schüler, aufgefunden. Beide Toten wiesen Kopfschüsse auf. Schulz lag mit dem Gesicht auf dem Fußboden, die Selbstadepistole noch krampfhaft in der Hand, und über ihm lag zusammengebrochen sein Freund. Die sofort hinzugerufene Polizei konnte nur folgendes über den tragischen Tod der beiden jungen Leute ermitteln: Schüler hatte um 9 Uhr vormittags den jungen Schulz besucht. Beide jungen Leute gehörten der Einwohnerversammlung an und waren in dieser Eigenschaft mit Pistolen bewaffnet worden. Schüler hatte auf dem Schaukelstuhl Platz genommen, als sich der junge Schulz mit seiner eigenen Waffe, die er geladen hatte, zu schaffen machte. Dabei scheint sich die Waffe entladen und Schüler durch einen Kopfschuß tödlich getroffen zu haben. Als der unglückliche junge Mann merkte, was er angerichtet hatte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe. Die Eltern des Schulz werden durch den Tod ihres Sohnes um so schmerzlicher getroffen, als erst vor wenigen Wochen ein anderer Sohn durch Erhängen Selbstmord verübte.

Kind im Gefängnis. Zu dem in der Nr. 184 vom 10. April erschienenen Artikel des Fräulein Adele Schöber erhalten wir vom ersten Staatsanwalt beim Landgericht III nach folgende Mitteilung:

Es ist richtig, daß der Lehrling Hans B., geboren am 23. Mai 1904, durch Urteil des Amtsgerichts wegen Diebstahls zum Zwangsarbeitsdienst verurteilt worden ist. Diese Strafe war die geringste, auf welche das Gericht, sofern es das Vorhandensein der zur Kenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht bejahte, nach Lage der geschickten Bestimmungen überhaupt erkennen konnte. Das Gericht hat demnach dem jugendlichen Alter des Angeklagten soweit Rechnung getragen, als dies gesetzlich überhaupt möglich war.

Die Staatsanwaltschaft hat sofort bei Einlegung der Akten Ermittlungen darüber veranlaßt, ob dem Verurteilten bedingter Strafaufschub mit Aussicht auf spätere Begnadigung zu gewähren ist. Inzwischen ist auch Unterbrechung der Strafverfolgung angeordnet worden.

Zur Dienstenthebung des Kommandanten Alawunde wird uns von seinem Rechtsbeistand mitgeteilt:

Herr Alawunde bestritt, daß Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der von ihm gesammelten Beträge vorgekommen seien. Die über diese Angaben verbreiteten Angaben sind, soweit sie die Herkunft des Geldes betreffen, richtig. Unrichtig dagegen ist die von dem Herrn Kommandanten der Kommandantur ausgehende Behauptung, Herr Alawunde habe sich verpflichtet, die Beträge zu erhalten, über deren Verwendung bisher Beträge nicht beigebracht seien. Eine solche Verpflichtung würde das Ansehen der Erfassung enthalten. Herr Alawunde bestritt seine Verpflichtung zum Erhalt, denn er hat die in Frage kommenden Beträge im Sinne der Spender und im Interesse der Allgemeinheit verwandt. Hierüber Aufschluß zu geben, ist er jederzeit bereit. Er hat zur Klarstellung der Angelegenheit ein gerichtliches Verfahren gegen sich beantragt, dessen Ergebnis mitgeteilt werden wird.

Lichtbildvorträge für Erwerbslose und Arbeiter.

Montag, 14. April: Institut für Meerestunde, Georgenstr. 35/36 (6 Uhr) Dr. Behrmann über: Länder und Völker des fernsten Ostens. — Cecilia-Orchester, Lichtenberg, Rathausstr. 8 (7 Uhr) Dr. Fohle: Nordische Jachten.

Dienstag, 15. April: Institut für Meerestunde (5 Uhr) Professor Dr. Dieck: Pflanzenwelt und Ausflüge der warmen Länder.

Mittwoch, 16. April: Königliches Realgymnasium, Elisabethstraße 57/58 (6 Uhr) Dr. Ehrlich: Die Schätze des Meeres. — Institut für Meerestunde (5 Uhr) Prof. P. Behrens: Die Schönheit an den Westen der Welt. — Cecilia-Orchester, Lichtenberg (6 Uhr) Dr. Gutmann: Das Lied im Volkstum (mit gesanglichen Erläuterungen und unter Mitwirkung der Capella-Chorvereinsmann des Berliner Volkstheaters).

Donnerstag, 17. April: Institut für Meerestunde (5 Uhr) Dr. Behrmann: Länder und Völker des fernsten Ostens.

Sonntag, 19. April: Cecilia-Orchester, Lichtenberg (6 Uhr) Dr. Spethmann: Nordische Jachten. — Im Orlean des Telegraphen-Versuchsausschusses, Königsgraben Str. 20 (6 Uhr) Dr. Hoehnel: Chemie und Wirtschaftsleben. Eintritt 10 resp. 15 Pf. für jedermann.

Veranstaltungen der Künstlerischen Gruppe. Russische Komödien, bearbeitet von Dr. Erich Höfer: Montag, den 14. April, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Beginn 4 Uhr, Eintritt 60 Pf. einschließlich Kleiderabgabe.

Der nächste Rednerkursus findet am Sonntag, den 13. April, vormittags 9 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt.

Das Kunstgewerbmuseum, das im Winter wegen Kohlemangels geschlossen war, wird am Sonntag wieder geöffnet. Die Besuchsstunden sind jetzt auch an den Sonntagen von 10—3 Uhr, wie an den Wochentagen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Spandan. In den durch Ausbauge kennlich gemachten Geschäften werden vom 11. d. ab 2 Pakete Milchschokolade zum Preise von 80 Pf. oder 2 Pakete Tuffinschokolade zum Preise von 60 Pf. an Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre gegen Bezugchein ausgeben.

Reinickendorf. Bei der Anmeldung zur Kundliste zum Bezug von Speisekartoffeln hat die neuen, für die kommende Periode angegebenen Speisekartoffeln benannt werden. Die Anmeldungsfrist wird bis zum Montag, den 14. April, verlängert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Abteilung. Heute Freitag, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula, Winterfeldstr. 16.

Strohnau. Sonntag, vormittags 9½ Uhr: Generalversammlung bei Tollenbach.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiterjugend Groß-Berlin. Königswalder-Bauern. Heute, abends 7½ Uhr, bei Besatz, Aufgemoelter Str. 5: Gemeindegewinnung.

